

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind  
zuerst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von  
Joh. van Nien in Krefeld, Rath. Kirchstr. 66.  
1223222 Fernsprech-Nr. 1338. P. 1223222

Nr. 12. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 23. März 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

## Die Nummern 6 und 7.

Es soll heute geben, die einen heillosen Respekt vor der Nummer 13 haben. Daß aber auch die bisherigen immer als harmlos geglaubten Nummern 6 und 7 eine zerrüttende Wirkung auf die Denkfähigkeit und die Nerven gewisser Artikelschreiber auszuüben vermögen, darüber mußten wir erst durch den „Textilarbeiter“, das Organ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, unterrichtet werden. Und der „Textilarbeiter“ hat die unheimliche Macht der beiden heimtückischen Zahlen, „am eigenen Leibe“ oder richtiger im eigenen Kopfe verspürt. Wer sollte nicht inniges Mitleid mit dem „Textilarbeiter“ haben, wenn er in dem Artikel „Christliche Großsprecher“ in der Nr. 10 des Blattes folgende Stelle liest:

„Nachdem einige Böhlinge aus der Anstalt politischer Wissenschaften in M.-Gladbach und der Stöckerländer Behrens — letzterer leider mit Hilfe sozialdemokratischer Stimmen — in den Reichstag gewählt worden sind, ist die großsprecherische Selbstbelobigung, welche sich diese an der Spitze der ultramontan-konservativen Lebensmittelpromotoren befinden, politisch-hampelmännchen in den christlichen Gewerkschaftsblättern gegenseitig spenden, ihrer Überheblichkeit wegen wirklich nicht mehr zum Ansehen. Selbstverständlich ist es, daß sich an dieser albernem Selbstbelobigung auch unsere fromme Quasifamilie vom Rhein, die christliche „Textilarbeiterzeitung“, in hervorragender Weise mit beteiligt. In Großsprechererei war die fromme Base von jeher groß und wir konnten sogar bemerken, daß sie, weil die Vorbeeren auf ihrem Gestrüpp nicht gedeihen wollten, sich nicht im geringsten genierte, ein mit angehängten Vorbeeren gezierter Ruhmesgemüse um die leere Denkerkrone zu winden. Besonders in den Nummern 6 und 7 der „Textilarbeiterzeitung“ gebärden sich diese christlichen Prahlhänse wie die Kälber, welche auch dann noch vergnügt um den Wehger herumspinnen, wenn er sie an der Struppe hat und zur Wägetrippe schleift.“

Was die fromme Base in einem solchen Zustande von dem Volksgemisch gegen die Sozialdemokratie quastelt, steht demnach auf einem gewissen geistigen Höhe wie das „Mäh“, welches die Kälber ihrem Wehger in die Ohren blöden. Daß die „Textilarbeiterzeitung“ den Stimmengewinn der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl um rund 100 000 zu niedrig angibt, das geschieht eben auch nur deshalb, um die Vorbeeren, die sie sich in jenen Artikeln angehängt hat, etwas größer erscheinen zu lassen. Daß die „Textilarbeiterzeitung“ auch ihr Verstecken vom „Terrorismus Andersdenkender“ an der Quasifamilie hat, ist ebenfalls nur dem Drange eigener Ruhmesdichter zuzuschreiben.“

Die Nummern 6 und 7 unserer „Textilarbeiterzeitung“ haben es dem „Textilarbeiter“ also angetan. Mit Ruhmesgemüse soll unser Organ seine „leere Denkerkrone“ geziert haben. Sehen wir davon ab, daß dem „Textilarbeiter“ seine überreizte Fantasie hier ein Trugbild vorgezaubert hat, und konstatieren wir nur, daß das Gemüse nicht nur um, sondern in der Stirn des „Textilarbeiters“ einen ausgezeichneten Nährboden hat und in Gestalt von Kraut und Rüben in den Schimpfartikeln des „Textilarbeiters“ einen Lagerplatz findet. In Großsprechererei war die fromme Base von jeher groß, schreibt der „Textilarbeiter“ in bezug auf unsere „Textilarbeiterzeitung“. Da schlag doch einer lang hin! Wer Großsprecher kennen lernen wollte, der mußte die Artikel lesen, welche die sozialdemokratische Presse vom „Vorwärts“ bis herab zum letzten Winkelblättchen vor der Hauptwahl brachte und die Neben hören, welche die „Genossen“ in den Versammlungen und auf den Arbeitstagen hielten. Unter 4 Millionen sozialdemokratischer Stimmen und 100 sozialdemokratischen Abgeordneten ging es da nicht ab. Und nach der Wahl? Die sonst so redseligen „Genossen“ waren in den ersten Tagen gar nicht zu sprechen, wenn sie von ihren Arbeitskollegen gefragt wurden: Na, was steht da dann nun von der Wahl? Erst allmählich fanden Presse und „Genossen“ die Sprache wieder.

Der „Textilarbeiter“ belehrte vor der Wahl diejenigen Textilarbeiter, die noch nicht recht wußten, wem sie ihre Stimme geben sollen, dahin, daß dies nur ein Sozialdemokrat sein könne, und die Folgegerade die Textilarbeiter haben den roten Kandidaten am glänzendsten — durchgehenden lassen.  
Auch an die Adresse des „Textilarbeiters“ richtet der „Proletarier“, das Organ des „freien“ Fabrikarbeiterverbandes, in seiner Besprechung des Wahlergebnisses die erste Mahnung:  
„Überhaupt dürfte eine etwas vorsichtiger Bewertung realer Machtverhältnisse ein ebenso notwendiges wie nützliches Ergebnis des verflorenen Wahlkampfes sein.“

Von einer „vorsichtigen Bewertung realer Machtverhältnisse“ ist der „Textilarbeiter“ nun allerdings nicht im mindesten angekränkt, denn er erklärt, daß er von allem Anfang an auf dem Standpunkte gestanden habe, den „Genosse“ Leimpeters dahin formuliert:

„Kein Bastieren, kein Zusammengehen, in keiner Frage mehr, selbst auf die Gefahr hin, daß die Christlichen und bei allen Lohnkämpfen in den Rücken fallen.“

Mag dem „deutschen“ Textilarbeiterverbande die Durchführung dieses „kräftigen“ Standpunktes auch in einzelnen Fällen wie z. B. in Wülhausen i. Gf. um Schäden der Arbeitererschaft gelungen sein, in der Regel werden die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes nach wie vor in Lohnbewegungen mit den christlich organisierten Arbeitern gemeinsam vorgehen, trotzdem der „Textilarbeiter“ von allem Anfang an auf dem entgegengelegten Standpunkte gestanden hat. Die nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse strebenden Arbeiter wissen die realen Machtverhältnisse besser zu bewerten als

der „Textilarbeiter“, dem ebenso wie den „Genossen“ Heise und Leimpeters das Endziel höher steht als die Früchte, die der Tag gereift. Unser Verband mit seinen 40 000 Mitgliedern ist nicht wegzuschimpfen.

Der „Textilarbeiter“ hat wirklich Recht! Just zur selben Zeit, wo er den Leimpeters als belehrten Waffenbruder begrüßt, wird dieser von seinem eigenen Verbandsvorstande abgewimmelt. Das Organ des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes desabonniert den „Genossen“ Leimpeters:

„Wir bedauern lebhaft, daß Kamerad Leimpeters sich von den trüben Erfahrungen, die er mit Gewerkschaftsführern im Saargebiet machte, beeinflussen ließ zu einem Artikel, der nur Wasser auf die Mühle der notorischen Einigungsseinde gießt. Wenn Gewerkschaftler sich so von Stimmungen beeinflussen lassen, daß sie mit Übergehung der Verbandsleitung, d. h. ohne dieser vorher die Gründe kameradschaftlich darzulegen, eine „neue Taktik“ verfolgen, dann ist dies ein schlechtes Zeugnis für die kollegialische Disziplin des Kameraden. Wir sind nunmehr vor eine vollendete Tatsache gestellt und deshalb genötigt, ausdrücklich gegen die vom Kameraden Leimpeters eingeschlagene „neue Taktik“ zu protestieren. Er hat vollständig auf eigene Faust gehandelt. Wehber der Verbandsvorstand noch die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“ ist mit der „neuen Taktik“ Leimpeters einverstanden.“

Was wird der „Textilarbeiter“ jetzt anfangen? Wird er dem geleimten Peter jetzt die Waffenbrüderschaft wieder aufkündigen, indem er die Mahnung beherzigt: „Zurück, du reißt den Faden nicht mehr?“ Das wollen wir nicht hoffen! Mag der „Textilarbeiter“ jetzt seine Sympathie für die Leimpetersche Taktik auch dadurch zum Ausdruck bringen, daß er sich zu dem verlassenen Freund auf dessen Leimruten setzt und nach Kräften gegen die bösen Christlichen befehrt. Die christlichen Gewerkschaften werden deshalb nicht geringere Fortschritte machen. Wagemachen gilt bei uns nicht. Unsere Kollegen im Gf. pflegen zu sagen: Les chiens qui aboient ne mordent pas.

Einen Haupttrumpf glaubt der „Textilarbeiter“ dann gegen die christlichen Gewerkschaften auszuspielen, indem er schreibt:

„Während der Reichstagswahl haben sich diese „Christen“ nun in ihrer ganzen „Größe“ gezeigt und nicht nur Arbeiterverrat, sondern sogar Parteiverrat an ihrer eigenen Partei getrieben. In einem Erlaß der „Christlichen“ Gewerkschaftsführer wurden die „Christlichen“ Berg- und Hüttenarbeiter“ aufgefordert, ihre Stimme unter keinen Umständen dem Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben; dagegen sei ihnen seitens ihrer „parteilich neutralen“ Organisation freigestellt, von den bürgerlichen Parteien denjenigen zu wählen, den sie wählen wollten. Diese Sorte Arbeiterführer sah also in dem sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftler nicht nur einen schlechtesten Arbeitervertreter, als etwa in einem Scharfmacher wie Dr. Aille, oder dem Schmeicheleier von Stamm, Generalleutnant von Schubert, sondern einen direkten Feind der Arbeiterschaft. In Buchener Wahlkreis haben die „Christlichen“ Gewerkschaftsführer Kühme und Beise — der erste ist zweiter Vorsitzender im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, der andere war bei der vorigen Wahl Zentrumskandidat — öffentlich gegen die für den Nationalliberalen Saarmann Stellung genommen! Gegen denselben Saarmann, den sie im Bergarbeiterkreis als Führer mit anerkannten, auf dessen Anregung beschloffen wurde, die Sammelgelber gleichmäßig zu verteilen, mit dem sie beide per Du sprechen und zu dem sie schon bei der vorigen Wahl sagten: „Dito, in der Stichwahl wählen wir Di.“

Weil der „Textilarbeiter“ nicht nur „von allem Anfang an“ auf ein Zusammengehen mit den Christlichen, sondern auch auf jedes logische Denken verzichtet hat, so kann es ihm ja nicht zum Bewußtsein kommen, wie sehr er sich durch seine Ausführungen selbst ohrfeigt. Inzuehring hat er die „Genossen“ davon zu überzeugen gesucht, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften seien und jetzt zertrennen darüber, daß die christlichen Gewerkschaften die christlichen Berg- und Hüttenarbeiter aufgebildet haben, von den bürgerlichen Parteien denjenigen zu wählen, den sie wählen wollen. Sonst taugten die christlichen Gewerkschaften nicht, weil sie angeblich Zentrumspolitiker trieben, jetzt taugen sie nicht, weil sie keine Parteipolitiker trieben.

Was sollen wir dazu sagen? Nun, diesmal soll unsere Antwort ebenso logisch sein wie die Anklage der „Textilarbeiterzeitung“ und deshalb sagen wir: **Wahlzeit!**

## Sozialdemokratie und Arbeiterschaft.

Seit der verflorenen Reichstagswahl verschwunden Partei und „freie“ Gewerkschaften unheimliche Mengen Druderschwärze zu dem Zwecke, die Arbeiterschaft über den für die „einzige Arbeiterpartei“ so jämmerlichen Ausfall der Wahlen hinwegzutreiben. Das ist verständlich. Nichts ist für die Sozialdemokratie gefährlicher, als wenn in den Arbeitermassen der Glaube an die siegende Kraft des Sozialismus schwindet.

Der Ausfall der Reichstagswahlen kann nicht ohne Bedeutung für das Verhältnis der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie bleiben“, schreibt Dr. Freund in der „Sozialen Praxis“. Nichts fördert bekanntlich eine Sache mehr als der Erfolg, und nichts schadet ihr mehr als der Mißerfolg. Die Arbeiterschaft war durch die großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie gerade so fasziniert, sie war der festen Überzeugung, daß das springhafte Wachstum der sozialdemokratischen Mandate andauern und schließlich zur Erlangung der Majorität im Reichstage führen werde.

Mit dieser Majorität sollten dann alle Arbeiterforderungen erfüllt werden, das Proletariat wäre dann zu der ersehnten Herrschaft gelangt. Jetzt ist der Sozialdemokratie das Rückgrat gebrochen, der Arbeiterschaft muß es ungewiss sein, daß sie dieses Ziel gegen die geeinte bürgerliche Gesellschaft nie erreichen wird, und darin liegt die enorme Bedeutung der letzten Wahlen.

Die überwiegende Mehrheit sozialdemokratischer Arbeiter ist viel zu verständlich, als daß sie an die Zukunftsstaat-Utopie glauben würde. Aber die Möglichkeit der Erreichung der parlamentarischen Herrschaft lag klar zutage und wurde durch die beispiellosen Erfolge der letzten Wahlen unterfüttert. Jeder Wahlerfolg der Sozialdemokratie brachte ihr einen großen Zuwachs an — Mitläufern. Selbst in bürgerlichen Kreisen war die Meinung weit verbreitet, daß das Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate unauffällig sei und daß man dagegen nichts tun könne. Wenn jetzt die sozialdemokratische Parteileitung den Verlust der „paar Duzend“ Mandate nicht hoch ansieht, sondern den Hauptwert auf den Zuwachs der Wahlstimmen legt, so kann man es ihr natürlich nicht verübeln, wenn sie sich so gut wie möglich zu trösten sucht. Für die Bedeutung einer Partei ist aber zunächst die Zahl der Mandate maßgebend, und in verstärktem Maße gilt dies für die Sozialdemokratie, die in ihrer Mehrheit nicht aus eingeschworenen Parteigängern, sondern aus Mitläufern besteht.

Die Sozialdemokratie kann, sofern sie als Repräsentant ihrer Wählerschaft betrachtet kommt, als politische Partei nicht gut bezeichnet werden, sie ist das Sammelbecken aller unzufriedenen Elemente. Zu diesen unzufriedenen Elementen gehören in erster Linie die „Arbeiter“, welche lediglich mit Hilfe der Sozialdemokratie ihre Forderungen durchzusetzen wollen. Der Satz „Ohne Sozialdemokratie — keine Sozialpolitik“ war für die Arbeiter unbestreitbar, nach ihrer Meinung war die Sozialdemokratie das Schreckgespenst, mit dem die bürgerliche Gesellschaft eingeschüchtert und zur Nachgiebigkeit in sozialpolitischen Forderungen gezwungen wurde. Je größer und mächtiger das Schreckgespenst, desto größer die Nachgiebigkeit, also mußte das unverrückbare Ziel für die Arbeiter sein: die Stärkung des Schreckgespenstes, will sagen: der Sozialdemokratie.

Nun ist es — wie ich dies schon früher an dieser Stelle ausgeführt habe — unbestreitbar, daß die sozialdemokratische Bewegung den Anstoß zur sozialpolitischen Bewegung gegeben hat. Es ist aber ebenso unbestreitbar, daß unsere große sozialpolitische Entwicklung nicht das Ziel war, auf das die Sozialdemokratie zusteuern wollte, daß vielmehr diese ganze Entwicklung der Partei sehr unbequem wurde. Indem die Sozialdemokratie vorhanden blieb, stand mit größter Rücksichtlosigkeit in schärfster Weise gezielte, verfolgte sie in der Hauptsache taktische Parteizwecke: sie wollte den breiten Massen das Elend ihrer Lage voll zum Bewußtsein bringen und gleichzeitig einerseits die völlige Ohnmacht von Staat und Gesellschaft, diesen Zuständen abzuhelfen, festlegen, andererseits aber den Schluß ziehen, daß nur bei fundamentaler Veränderung der bestehenden Ordnung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft das Elend der Massen beseitigt werden könnte. Nachdem nun aber einmal die sozialpolitische Bewegung unter regter Teilnahme der gesamten bürgerlichen Gesellschaft in Fuß gekommen war, so ist es ebenso unbestreitbar, daß ein Stillstand in dieser Bewegung nicht mehr eintreten kann. Das muß aber den Arbeitern deutlich zum Bewußtsein kommen, dann erst werden sie von dem Wahne geheilt sein, daß sie jeden sozialpolitischen Fortschritt einzig und allein der Sozialdemokratie zu verdanken haben.

So lange die Sozialdemokratie stark und mächtig war, wäre es schwer gewesen, die Arbeiter vom Gegenteil zu überzeugen. Jetzt nach dem Zusammenbruch der Partei hat es die bürgerliche Gesellschaft in der Hand, einen politischen Gesundungsprozeß bei den Arbeitern herbeizuführen. Treuenherrschaft sind bereits in dieser Beziehung unzweifelnde Erfahrungen von dem Staatsoberhaupt und den beiden höchsten Beamten des Reichs abgegeben worden, und es ist zu hoffen, daß alle Parteien der Parole des sozialpolitischen Fortschritts folgen werden. Um verständliche Arbeiterforderungen durchzusetzen, braucht man nicht Sozialdemokrat zu sein — dieser Satz muß Allgemeinort der Arbeiterschaft werden, wie er jetzt schon von den immer mehr und mehr erstarkenden nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen anerkannt ist. Diese nichtsozialdemokratischen Organisationen verdienen seitens des Staats und der Arbeitgeber ganz besondere Beachtung. Wie man diese Organisationen nach jeder Richtung hin in ihrer Entwicklung fördern und stärken soll, so sollten vor allem diese Organisationen selbst sich enger zusammenschließen und in großen Fragen gemeinsam vorgehen.

Was die freien, der sozialdemokratischen Partei zugehörigen Gewerkschaften angeht, so wird wohl schon die nächste Zeit eine Klärung darüber bringen, welchen Kurs sie steuern wollen. Ich vertraue hierbei auf die sehr praktischen Punkte der deutschen Arbeiterschaft. War schon vor den Wahlen die gewerkschaftliche Organisation stärker als die politische der Sozialdemokratie und kam dies auf dem Mannheimer Parteitage zum sichtbaren Ausdruck, so ist jetzt nach dem Zusammenbruch der „Partei“ die ungeborene Macht der gewerkschaftlichen Organisation noch viel mehr in den Vordergrund getreten. Schon sind zwar Stimmen laut geworden, die von einem falschen Ehrenstandpunkt aus jetzt einen noch engeren Anschluß an die Sozialdemokratie verlangen, die Arbeiter

werden aber wohl mit klarem Kopf überlegen, wohin sie ein solcher Schritt führen würde. Das eine ist sicher: Je enger sich die Gewerkschaften an die „Partei“ anschließen, desto mehr werden sie die Sympathie der bürgerlichen Gesellschaft verlieren, desto mehr Widerstand werden sozialpolitische Bestrebungen erfahren.

Die „Partei“ hängt an der Arbeiterbewegung wie ein Bleigewicht und hindert ihre gesunde Entwicklung — diese Worte schrieb ich vor fünf Jahren an dieser Stelle, und ich kann sie nur heute den Arbeitern warnend wiederholen.

## Ein bedeutungsvoller Prozeß.

Für die Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe gründete sich im Jahre 1873 eine Vereinigung, die sich den Namen Senefelder-Bund beilegte. Derselbe verfolgte sowohl gewerkschaftliche Zwecke, wie auch das Statut die verschiedensten Unterstufungen vor sah. In der Zeit des Sozialistengeheuses freiste der Senefelder-Bund, um polizeilichen Schwierigkeiten zu entgehen, seinen gewerkschaftlichen Charakter ab und galt bis zum Jahre 1905 als neutraler Unterstützungsverein. Während nun in einer Anzahl von Berufen, die in der Sozialistengeheuse gegründeten Unterstützungsvereinigungen sich anfangs der neunziger Jahre zu gewerkschaftlichen Organisationen umwandeln, wurde neben dem Senefelder-Bund für die Lithographen und verwandten Berufe ein besonderer Verband gegründet. Der Senefelder-Bund dagegen entwickelte sich allmählich zu einem allgemeinen Unterstützungsverein, wodurch derselbe immer mehr mit dem Verbands der Lithographen und verwandten Berufe kollidierte. Endlich wurde 1901 zwischen den Vorständen der beiden Vereinigungen ein Abkommen getroffen, wonach der Senefelder-Bund sich verpflichtete, seinen Mitgliedern nur noch Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung zu gewähren. Alle anderen Unterstützungsarten sollten dem Verband der Lithographen und verwandten Berufe vorbehalten bleiben. Doch auch dieser Zustand sollte nicht von langer Dauer sein. Die Mitglieder des Verbandes der Lithographen traten namentlich in verstärktem Maße dem Senefelder-Bund bei und propagierten dann in beiden Vereinigungen den Verschmelzungsgedanken. Im Verbands der Lithographen war man demselben aus begrifflichen Gründen niemals abhold, wohingegen im Senefelder-Bund eine starke Strömung gegen die Verschmelzung sich hervortat. Eine Generalversammlung des Senefelder-Bundes beschloß, über die Verschmelzungsfrage solle eine Urabstimmung Klarheit bringen. Vor dieser Urabstimmung legte der Verband der Lithographen mit einer mächtigen Agitation ein — derselbe anberaumte über 80 Versammlungen — und bewirkte damit, daß sich eine geringe Mehrheit für die Verschmelzung aussprach. Eine nochmalige Generalversammlung des Senefelder-Bundes beschloß formell die Verschmelzung, worauf eine aus Delegierten beider Organisationen bestehende Generalversammlung ein der Situation gebotenes Statut beschloß. Als gemeinsamer Organisationsstiel wurde der des früheren Unterstützungsvereins, „Senefelder-Bund“ übernommen. In dem neuen Statut wurde ein Wochenbeitrag von Mk. 1,20 für drei verschiedene Klassen (Gewerkschafts-, Unterstützungs- und Invalidenkasse) vorgezogen. Nur ein geringer Teil der früheren Mitglieder (Prinzipale, Geschäftsführer u.) wurden von der Pflicht, den Gewerkschaftsbeitrag zu leisten, entbunden. Die übrigen Mitglieder des früheren Unterstützungsvereins „Senefelder-Bund“, die gegen die Verschmelzung stimmten, wurden alle vor die Alternative gestellt: Entweder ihre durch lange Jahre geleisteten Beiträge sich erworbenen Rechte preiszugeben, oder aber den nunmehrigen „Senefelder-Bund“, der der General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angehörte bzw. sich anschloß, beizutreten.

Mehrerehundert mit diesem Vorgehen unzufriedene Mitglieder des früheren Senefelder-Bundes gründeten einen Rechtschutzverein und strengen durch 31 Anträge gegen diese „Vergewaltigung“ Klage an; dieselbe beschäftigte 1 1/2 Jahre lang die verschiedensten Gerichtsinstanzen.

Das Landgericht Frankfurt a. M. fällt am 20. Juni 1905 folgendes Urteil:

„Die in der Generalversammlung des beklagten Bundes vom 21. bis 26. April 1905 beschlossene Statutenänderung ist ungültig, soweit sie die Ausdehnung der Zweck des Bundes auf eine Gewerkschaftskasse erstreckt.“

Das Gericht sprach also klar und deutlich aus, daß diejenigen Paragraphen des Statuts, welche sich auf die Einführung der Gewerkschaftskasse der Reise-, Arbeitslosen- und Unzulagsunterstützung beziehen, ungültig sind. Der Vorstand des neuen Senefelder-Bundes legte gegen dieses Urteil Berufung ein und betrachtete das letztere als für ihn nicht vorhanden. Er verfügte, daß das neue Statut, das mittelweife „genehmigt“ worden sei — es war aber nicht genehmigt, sondern nur vom Berliner Polizeipräsidenten dessen Einreichung bescheinigt worden — am 1. Juli 1905 in vollem Umfange in Kraft zu treten habe; im übrigen hätte das Urteil nach der Aufhebung des Bundesvorstandes nur für die 31 Kläger Gültigkeit. Allein die Berufungsinstanz des Kgl. Oberlandesgerichts beehrte den Vorstand des beklagten Senefelder-Bundes eines „besseren“.

Das am 16. Februar 1906 gesprochene Urteil des Oberlandesgerichts hielt die Entscheidung der

Vorinstanz im ganzen Umfang aufrecht und einmütig bei der Verhandlung vom Vorstande des Bundes gestellten Anträge, daß das Urteil nur auf die 31 Kläger Anwendung finden sollte, entsprach das Gericht nicht.

Der Hauptvorstand hat nun die damals beauftragte Veröffentlichung beugelt, weiter zu ungenügender Schritte wahr gemacht und hat das Reichsgericht angerufen. Am 22. Dezember 1906 kam nun die Revisionssache des Senefelder-Bundes gegen das Urteil des Frankfurter Oberlandesgerichtes zur Verhandlung. Das Reichsgericht pflichtete jedoch der Auffassung der Vorinstanz bei und verwurft die Revision kostenpflichtig mit folgender Begründung:

Der Berufungsdichter geht davon aus, daß der 1873 gegründete Bund als nicht-rechtlich gültiger Verein nach gemeinem Recht zu beurteilen, daß nach gemeinem Recht wie nach § 33, Absatz 1, Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Veränderung einer Vereinigung der Vereinsmitglieder durch Mehrheitsbeschluß jenseits der dissonierenden Mitglieder anfechtbar, falls die Veränderung in Sonderrechte der Mitglieder eingreife oder den Zweck des Vereins ändere. Der Berufungsdichter stellt jedoch in Uebereinstimmung mit dem ersten Richter fest, daß durch den angeklagten Beschluß vom April 1905 der Bund seinem Zweck und seiner ganzen Natur nach ein anderer geworden, aus einem Unterstützungsbund ein Kampfbund zur Förderung gewerkschaftlicher Zwecke. Den Klägern werde durch die Veränderung der Satzungen die Zahlung von Beiträgen zu der Gewerkschaftsliste aufwendig, die auch zur Durchführung von Vorhaben dienen sollen. Die Kläger widersprechen dem in die Lage gebracht, sich bei Vermeidung des Ausschlusses aus dem Verein und des Verlustes ihrer Rechte aus den gezeichneten Beiträgen auf Unterhaltung der Anordnungen des Vorstandes zu legen, mit denen sie nicht einverstanden, und Beiträge zu einem dem Verein fremder Zwecke zu zahlen. Der Beschluß vom April 1905 sei deshalb in dem vom ersten Richter ausgesprochenen Umfang rechtsunzulässig, zunächst nur den Klägern gegenüber, aber doch soweit, daß die Kläger fordern könnten, daß der Bestand der Gewerkschaftsliste nur zu den zulässigen Zwecken verwendet werde.

Die Revision zieht an erster Stelle die Unvereinbarkeit des gemeinen Rechts in Zweifel, nach dem vom Reichsgericht in den Entscheidungen, Bd. 51, S. 160, S. 163 ausgesprochenen Rechtsgrundsätzen ohne Grund. Die Anwendung der von der Revision angeführten Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Gesellschaft, §§ 105 ff., würde schiefen zu einem dem letztgenannten Bund günstigeren Ergebnis nicht führen. Denn gerade aus der vertragsmäßigen Natur der Gesellschaft und der Satzungen eines nach den Vorschriften über die Gesellschaft nach § 57 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beurteilenden Vereins folgt notwendig, daß der Verein an den vertragsmäßig festgesetzten Zweck gebunden ist, die Mitglieder zu Beiträgen nur für diesen Zweck verpflichtet sind, die Veränderung des Zweckes einen neuen Vertrag und die Zustimmung aller Mitglieder des Vereins fordert, nicht nur der Mehrheit.

Die Angriffe der Revision in der Sache selbst gehen ganz fehl. Das Berufungsurteil stellt ganz auf dem Boden des einen wesentlichen Grundes der behaupteten Unvereinbarkeit des Reichsgerichts in den Entscheidungen, Bd. 53, S. 173, das ebenfalls auf die Anwendung des gemeinen Rechts beruht und dessen Rechtmäßigkeit im vorliegenden Fall zu demselben Ergebnis führen, zu dem der Berufungsdichter gelangt ist. Es ist unrichtig, daß die gemeinschaftliche Theorie und Praxis eine materielle Nachprüfung formell gültig gewordenen Vereinsbeschlüsse da nicht zuläßt, wo sie durch Veränderung des Zweckes in das Recht des einmütigen Willens eingreife und daselbst dadurch bewirken, daß sie ihm Leistungen zu anderen als den vertragsmäßigen Zwecken des Vereins anordnen.

Darum, ob das Statut von 1901 den Ausschluss von Mitgliedern wegen Nichtzahlung von Beiträgen überhaupt zuläßt, daß die Erhebung der Beiträge durch Beschluß der Mehrheit an sich zulässig, und daß das Statut von 1901 wie das neue den Widerspruch auf Unterhaltung nicht als Rechtsanspruch gestaltet, kommt nicht an. Es bleibt immer bestehen, daß das neue Statut vertragsmäßig den Zweck ändert und die Kläger durch die Verpflichtung zu Beiträgen für diesen Zweck, von ihnen nicht gewollten Zweckvertragsmäßig belastet.

Die Einigkeit, mit der der erste Richter der Klage stattgegeben hat, beweist den heillosen Zustand nicht, nur die Kläger, die ihrer Einigkeit haben rechtlich werden lassen. Wie weit die Reichsinstanz des angelegten Urteils reicht, bestimmt das Gesetz in § 325 der Zivilprozessordnung. Die Senierung am Anfang des Berufungsurteils, die Kläger hören, obwohl sie verpflichtet, die herangezogenen Beiträge Gewerkschaftsliste zu zahlen, einen Widerspruch darauf, daß der Sachverhalt nur zu den zulässigen Zwecken verwendet werde, hat für die Bestimmung der Tragweite des Urteils keine wesentliche Bedeutung. Welche ist lediglich aus der Formel des bestrittenen ersten Urteils zu entnehmen. § 322 der Zivilprozessordnung. Für den Berufungsdichter liegt keine Veranlassung vor, sich über die Tragweite des Urteils zu äußern oder her zu stellen den Weg zu weisen, wie sie die durch die Formel des ersten Urteils gegebenen Schranken zu befolgen haben. Schlichter war die Revision zurückzuweisen nach § 57, Abs. 1 der Zivilprozessordnung auf Kosten des Senefelder-Bundes.

Dieses Urteil zeigt, das Endresultat dürfte für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung bedeutungsvoll sein: denn außer dem Senefelder-Bund sind auch in anderen Parteien stützenden alten Unterstützungskassen und sozialdemokratischen Verbänden dergleichen Revisionssachen anhängig. So u. a. bei den Buchbindern, Schneidern u.

Von Interesse sind auch die Auseinandersetzungen in sozialdemokratischen Kreisen über diese Verfallensurteile. So sprach der Senefelder-Bund gegenüber dem Verbandsvorstand des nunmehrigen Senefelder-Bundes der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“:

„Schlichter ist nun der Beweis der Unmöglichkeit der selben, die da glauben, elementare Rechtsgrundsätze anzugreifen zu können. Das Urteilstatut über die Gewerkschaften ist ihnen nun für immer angeschlossen.“

Der bisherige Kampf durch die Senefelder-Bund hat nicht nur die Bestätigung eines Kampfbundes an den Klägern als einen Senefelder-Bund, sondern auch die Bestätigung, daß die Kläger sind die Zulässigkeitsurteile an ihre Rechte, die ihnen aus dem Vertragsverhältnis von mehreren hunderttausend Mann erwachsen können, hervorgehen. Die Kläger sind nun ihren klaren, selbständigen Willen bei der Entscheidung über die Veränderung der Satzung der Gewerkschaften zu betonen. Die Veränderung der Satzung der Gewerkschaften ist ihnen nun für immer angeschlossen.“

Kampf um Klärten, kein Streit um Meinungen mehr, sondern ein Bruchwaffen mit kolossalen Gemeinheiten und Infamien. Ein verwerflicher Terrorismus hat jetzt Platz gegriffen, der die verächtlichsten Blasen treibt! Dabei kann man den Eiferern den guten Glauben gar nicht absprechen. Sie handeln eben unter dem Einfluß der unerschütterlichen Überzeugung, die ihnen die Menge vorbreiten — und zwar wider besseres Wissen — daß das Recht auf ihrer Seite sei. Darüber haben die fanatischsten Eiferer nicht nachgedacht, daß zur Mitgliedschaft eines Vereins niemand zwingen können werden; sie haben eben die Unselbständigkeit des Nachsehens dieses Reichsgerichts, „Arbeitserlösberechtigter“ für groß und erhaben genug gehalten, um auf die Gerechtigkeit dieser Sache und auf einen barbaren Erfolg vertrauen zu können.

Kritisches Erwägen war noch nie Tugend dieser Klasse, historisches Bewußtsein hat ihr stets gefehlt! Es hätte ja fast nicht geschehen können, daß die Verfallensurteile durch einen untergeordneten Rechtsbruch infamiert wurde. Dieser Vertrag war die Verfallensurteile. Wer was gelten den Führern der Verfallensurteile? Genau so wenig, wie Bauern und Agraren die Reichsversammlung gilt, wenn sie sich nicht mehr für ihre ephemerischen Interessen interessieren. Und das, was gewerkschaftliche Eigenart ist, ist kein leeres Wort, die Unselbständigkeit wird an diesem noch ihre Blauen Wunden erleiden!

Wie aber noch von der Rechtsprechung des Reichsgerichts auf jene bestirnte Menge wirken? Die Zeit und der Ort darüber, von welchen Führern zur Klärung der Klärungswürdigen Vorhaben vertritt werden zu sein, muß doch zur hellen Empörung werden? Welcher christliche Mensch könnte es auch mit seinem Namen decken, daß vom Senefelder-Bund all die von der modernen Arbeiterbewegung berechtigten neuzeitlichen Erzeugnisse, wie Sozialdemokratie, Gewerkschaft, Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit usw., fortgesetzt in Frage gestellt werden?

Diese Leistungen der Senefelder unter sich dürften wohl denen zwischen „Korrespondent“, „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ u. würdig zur Seite gestellt werden.

Der neugeartete Senefelder-Bund hat indes zum 1. April und die folgenden Tage nach Hannover eine neue Generalversammlung einberufen, auf der es ihm zweifellos gelingen wird, unter Nutzung der aus dem Prozesse gewonnenen Lehren sich ein gerichtlich unanfechtbares Statut zu schaffen, das ihm die Möglichkeit gibt, sich allmählich der Widerstrebenden zu entziehen, indem diese es nicht vorziehen sollten, den Kampf aufzugeben und wenn auch widerwillig in den Hafen des nunmehrigen sozialdemokratischen Senefelder-Bundes einzuschiffen. Auf die Dauer gegen eine solche Entwicklung anzukämpfen zu wollen, ist ein vergebliches Beginnen. Die aus der sozialdemokratischen Zeit herrührenden Kranken- und sonstigen Unterstützungskassen befinden sich fast ausnahmslos in sozialdemokratischer Leitung. Nichtsozialdemokratische Arbeiter, die nicht schon zu alt sind, um in eine andere Krankenkasse aufgenommen werden zu können, bauen am besten solchen Heberordnungen dadurch vor, daß sie sich anderen leistungsfähigen Unterstützungskassen anschließen.

### Sozialdemokratischer Großenwahn.

Ein Kollege schreibt uns: In Nr. 10 der „Textilarbeiter“ erschien ein Artikel, „Christliche Großprediger“ betitelt. Darin kommt zu recht die ganze Brut der „Gewissen“ und ihre Annäherung zum Vorschein. Angetan hat's dem „Textilarbeiter“ unsere „Textilarbeiter-Zeitung“ Warum nicht gar? Nun deshalb, weil diese dem „Gewissen“ die Masse herunterreißt und den Zentralitätsgedanken der sozialdemokratischen Gewerkschaften, sowie des arbeitserlösberechtigten Treiben der sozialdemokratischen Partei aufdeckt. Es ist aber auch zu bedauern! Wie kann die Soze, wie der „Textilarbeiter“ unsere Textilarbeiter-Zeitung so geschmackvoll betitelt, es auch wagen, den Sozialisten nur ein klein wenig zu helfen? Das erhebt ja Frage, schändliche Frage gegen die vernünftigen Christen! Dem aus mit dem Kriegsel und dann auf zum Kampf, unter Führung des „gemeinen Peter“ vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. Sonst, ihr Brüder von der roten Front, das Weil ist von Koppe, die christlichen Gewerkschaften werden durch Siebe mit einem solchen Instrument nicht in den Sand gestreift.

Hat die Textilarbeiter-Zeitung vielleicht die Unmöglichkeit geschrieben? Ist es nicht wahr, daß die Unberühmte von Sozialdemokraten terrorisiert und kompromittiert werden, wenn mehrere von den Wählern der roten Heiden nicht fügen? Sagen die sozialdemokratischen Anhänger ihre Rechte nicht nach Schimmer zu misstrauen wie der schändliche Schatzmeister? Ist das Verbrechen, wenn christliche organisierte Arbeiter gestossen, gelächelt und mißhandelt werden, wenn sie außer Arbeit und Brot gehalten werden? Kann diese „Feldmanen“, wie sie schon so oft an Gerichtstagen festgehalten worden sind, noch Fortschritt werden?

Ein Zeit über eine Handwerker, die die Brüder nicht weigert und vor den schändlichen Sozialdemokraten gegenüber Anstandspunkten, ist es auf gewerkschaftliche oder politische Ziele, nicht zurückzuführen. Sollen wir uns nicht darüber freuen, daß die Macht der christlichen Gewerkschaften von Tag zu Tag wächst und wir jetzt schon im Stande sind, in dem nächsten Jahre dem Gegner sein geringes Gewicht zu verleihen?

Ist es was gerne steht oder nicht, ob er uns begehrt oder freizulassen, wie können sein Jammersgeschrei und werden ihn jammern wie er ist, und nicht dulden, daß er unter der Unwissenheit eines Frucht einbringt, die nicht sein ist. Sogar es so mit der vielgewählten Unberühmtheit an, dann heißt es fast schon in dem eigenen Heiden nach dem Reize verfallen wird, nur nicht verfallen, der Klärung, um wie viel klüger muß es dann den Arbeitenden gegenüber stehen! Was da gelächelt wird potter über Verfallensurteile.

Wer nur mit Gelegenheitsarbeit, in einer Verfallensurteilung zu sein, von einer Anzahl dieser Freizügler, die ihr Fortschrittsbewusstsein aufgeben, der hat genug von dieser Sorte Freizügler für immer! An Unberühmtheit und Freizügler werden diese Verfallensurteile von Menschen überströmen. Man darf nicht nur das Bewußtsein, nein, man muß die alten Freizügler nicht verwerfen, kann in Gefahr kommen, persönlich gelächelt, gelächelt und mißhandelt zu werden. Man darf nicht nur das Bewußtsein, nein, man muß die alten Freizügler nicht verwerfen, kann in Gefahr kommen, persönlich gelächelt, gelächelt und mißhandelt zu werden. Man darf nicht nur das Bewußtsein, nein, man muß die alten Freizügler nicht verwerfen, kann in Gefahr kommen, persönlich gelächelt, gelächelt und mißhandelt zu werden.

gegenüber einem Führer Singer, Geysler und anderen; weshalb die richtigen Maßnahmen. Es ist wahr, Kraft konnte mitunter sehr hervorgehoben werden, sogar sogar grob, aber er war eine ehrliche Faust und stand als Gewerkschaftsführer turnisch über seine Rivalen von der roten Front. Wollte er Brezige legen in ein Dornengebüsch von Zug und Trug, dann mußte er die Fäden brauchen. Daß seine Hebe gesehen, beweist das Gezeir über ihn. Wenn der „Textilarbeiter“ nun glaubt, gegen die christlichen Gewerkschaften ausspielen zu können, daß der eine Führer für, der andere gegen das Zentrum aufgetreten ist, so hat er gründlich daneben, er bezeugt vielmehr damit, daß die Freiheit der Einzelnen nirgends so sicher gewahrt ist wie gerade in den christlichen Gewerkschaften.

Wir danken für dieses Jugeständnis. Wenn man nun noch glaubt einen Krampf auszuspielen zu können, weil Gewerkschaftsführer für den Nationalliberalen Votz eintraten, so iragen wir, ist Votz dem schimmer, als Führer Geysler und andere sozialdemokratische Schatzmeister? Wir glauben kaum, die Notizreihe der sozialdemokratischen Arbeiter in sozialdemokratischen Betrieben und Konsumgenossenschaften roten Bunde! Also verhandle dein Angeht, sozialdemokratischer Kampfbund!

Wenn dann noch in einigen Artikeln gefaselt wird über Streikbruch und Verrat der Christlichen, so braucht man sich darüber nicht zu wundern; wie der Meister, so der Geselle, sie sind einander würdig. Wer von Streikbrechern umgeben ist, „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“, „Maurerverband“, „Stuttgarter“ und nicht zuletzt die Angehörigen des „Textilarbeiter“ der hat alle Verantwortung, soll zu sein, menschensüß, in anbetraucht der Schuldbeweise, die ihn erdrücken.

Deshalb, ihr Arbeiter Deutschlands, soweit ihr noch nicht sozialdemokratisch verhebt seid, hinein in die christlichen Gewerkschaften! Nur sie allein sind imstande, auf der Grundlage der christlichen Weltanschauung euer Erdboden erträglicher zu gestalten. Sie bewegen sich auf dem Boden des Rechts, und der Sieg muß und wird auf ihrer Seite sein. Weidet dagegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche mit den Worten Brüderlichkeit und Freiheit großen Lärm treiben. Mag der „Textilarbeiter“ wieder heulen, es sieht uns nicht an, wir werden uns durch sein Heulen nicht abhalten lassen, nach unserer Lieberzeugung zu handeln. Was nun die christlichen Arbeitervertreter im Reichstage angeht, so haben die Gewerkschaften als solche nichts damit zu schaffen. Diese Abgeordneten sind von christlichen Arbeitern und Bürgern außerhalb der Gewerkschaften gewählt worden, sie haben sich also zu verantworten gegenüber ihren Wählern und denen, die mit ihnen auf dem Boden der natürlichen politischen Weltanschauung stehen und nicht gegenüber den Gewerkschaften als solchen. Wenn diese Abgeordnete im Sinne der christlichen Arbeiter wirken, was wir hoffen und wünschen, dann wird uns dieses sehr freuen und maßregeln die Sozialdemokraten ärgern.

Somit ist diese Männer kennen, hegen wir die feste Zuversicht zu ihnen, daß dann, wenn die Abgeordneten im Parlament zum Tanz aufspielen, sie nicht absteigt stehen bleiben, sondern bereit mitlangen, daß dem gemeinten Feind und seinen Genossen ins Auge „Textilarbeiter“ die Luft zum Weiteratmen verbergen wird.

### Von der holländischen Grenze

wird uns geschrieben: Das in der Agitation Rücksicht auf die ausländischen Arbeiter genommen werden muß, ist auf dem Breslauer Kongress betont worden. Mit der zunehmenden Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der deutschen Industrie wird die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Anbahnung und Organisation immer dringender. Specially für einzelne Bezirke unseres Verbandes ist die Organisation der Ausländer zu einer ersten Aufgabe für die deutsche Gewerkschaften anzusehen. Der deutsche Arbeiter ist dort von dem ausländischen davon abhängig, daß ohne Veranziehung der ausländischen Kollegen eine gewerkschaftliche Organisation gar nicht denkbar ist. So war z. B. die Ortsgruppe Gronau i. Westf., wo vor rund 3000 Arbeitern 2500 jenseits der Grenze wohnen und ebenfalls am Orte selbst rund 100 holländische Arbeiter ihren Wohnsitz haben, sollte beschaffen werden, wenn die Ausländer nicht mit den Deutschen gemeinsame Sache machen. Es gibt in Gronau 3 Zellen, wo ausschließlich holländische Arbeiter beschäftigt werden, die morgens ihre Vaterland verlassen, um abends in dasselbe zurückzukehren. Es soll hier nicht davon geredet werden, wie viel Geld dadurch der Gronauer Bürgerkrieg verloren geht oder welche Folgen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in dieser beispiellosen Umfange gehabt hat und auch noch hat. Wenn aber in Gronau auf dem einen Deutschen vier Holländer Löhnen, dann ist es ganz klar, daß eine Gewerkschaftsbewegung dort ohne weitere gar nicht denkbar ist und daß auch der deutsche Arbeiter so lange der Organisation fern bleibt, als nicht der Ausländer durch gewerkschaftlichen Zusammenhalt seine Solidarität mit dem deutschen Arbeiter beibehält.

Während in Gronau, wenn auch nicht anliegender so hoch, liegen die Verhältnisse in anderen Bezirken. Vorhanden ist von einem großen Prozentsatz holländischer Arbeiter durchgehend, neben den am Orte Wohnenden kommen auch hier allmählich größere Zahlen Arbeiter von jenseits der Grenze, um in den dortigen Fabriken zu arbeiten. Schätzungsweise ist hier 1000 holländische Arbeiter. In Rheine ist der Anteil der Holländer an der Arbeiterzahl so stark, daß die dortige Ortsgruppe öfter holländische Redner brauchen muß. Viele Holländer beschäftigen Ope, Schmitt, ganz besonders Haus und Becken. Den Unternehmern in den Grenzorten ist es leicht, bei herbeiziehenden Notten Konjunktur den Mangel an Arbeitskräften durch Zuzug von ausländischen Arbeitern abzumachen.

Daß für diese Orte die „Ausländerfrage“ dringend geworden ist, bedarf keiner besonderen Betonung. Der deutsche Arbeiter muß sich in seinem und seiner Gewerkschaftsinteressen mit seinen holländischen Kollegen beschäftigen. Wie auf gewerkschaftlicher Ebene die nationale Arbeit geleistet werden muß, zeigt uns der Kongress in v. J. in mehreren Beispielen. Bedingung ist die deutsche Gewerkschaft wohl der Kampf der Unternehmern gegen aufgebende Gewerkschaften. Wer ist mit der Ausweisung des ausländischen Arbeiters gleich bei der Hand, wenn der deutsche Arbeiter seine Lage zu verbessern will, muß er den Kampf gegen die Ausländerfrage führen. Wenn er das gütliche

„Böhnen des „Dortgewaltigen“ versichert hat in irgend einer Beziehung, dann kommt vielleicht in kurzer Zeit der „Schupp“, ohne daß vorher eine Untersuchung stattgefunden hat. Arbeiter darf er, so wenig und so lange als möglich, im Uebrigen aber heutzutage „Mant“ haben.“ So verlangt's der preussische Schein. Die Ausweisung Dr. Valentis und des Kollegen Nöbberhaus haben klar gezeigt, wie die preussische Regierung den „Schupp“ der nationalen Arbeit“ aufgejagt wissen will. Ein modernes Fremdenrecht wurde auf dem Breslauer Kongress mit Recht verlangt.

Wenn gesagt wird, der ausländische Arbeiter sei nur schwer für die Organisation zu gewinnen, so trifft das in dieser Allgemeinheit wenigstens für den Holländer nicht zu. Wenn er sich nicht in dem Maße an der Gewerkschaftsbewegung beteiligt, als wohl notwendig wäre, so liegt der Grund nicht immer bei ihm. Viele hält die Furcht vor der Ausweisung zurück. Besonders zur Beschäftigung an Werkstätten sind sie nur schwer zu bewegen, welches wieder zur Folge hat, daß andere wegen vermeintlicher Zurücksetzung der Gewerkschaft fernbleiben. Trotz der Schwierigkeiten in der Agitation ist mit der Organisation der Holländer ein ziemlich guter Anfang gemacht worden. Die Zahl der holländischen organisierten Arbeiter dürfte 1000 wohl überschreiten, wovon allein Gronau mit Umgegend 7-800 hat.

Zwar gehen heute nach Deutschland 1020 Exemplare des holländischen Organs „Unitas“ (Organ des niederländischen christl. Textilarbeiterverbandes). Wollen wir die holländischen Kollegen aber dauernd an uns festhalten und soll auch unter den Fernstehenden erfolgreich Agitation betrieben werden, dann muß unser Verband ein Organ in holländischer Sprache schaffen. Wenn schon für den deutschen Kollegen das Lesen seines Nachbarorgans unerlässlich ist, dann umso mehr für den holländischen, der über Wesen und Ziele der Gewerkschaften nicht so unterrichtet ist, als der Deutsche, und besonders unsern Verband mangelhaft kennen kann. Er muß wohl allmählich die Beiträge zahlen, aber über unsere Bewegungen, unsere Ziele, über die unbringenbe Anlegung seiner Beiträge hört er nichts. Bei dem Mangel an holländischen Rednern kann auf den Versammlungen nur wenig für ihn geboten werden, der Deutsche kann nur wenig den Bedürfnissen der holländischen Mitglieder Rechnung tragen. Unterrichtsarbeit, Vorträge usw. kann der Holländer wegen Mangel an Kräften nicht haben. Er ist ganz auf sein Verbandsblatt angewiesen. Bekennnismachungen des Zentralvorstandes, neue Einrichtungen oder ähnliches wird der holländische Kollege nicht gewahren. Der deutsche Referent trägt sie auf Versammlungen vor und der Holländer versteht entweder garnichts oder größtenteils falsch.

Er ist und bleibt ein totes Mitglied unseres Verbandes, und seine holländische Nationalität macht ihn zu einem doppelten Iren. Bei ihm ist einziger Zweck der Gewerkschaft: freieren; tiefer in das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation eindringen, dafür ist ihm keine Gelegenheit geboten. Er ist wohl christlich organisiert, aber den tiefsten Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften kennt er nicht, kann er nicht kennen, weil er keine Gelegenheit hatte, ihn verstehen zu lernen.

Man hat sich in mehreren Ortsgruppen bis heute mit der „Unitas“ angezogen. Ein deutsches Blatt in holländischer Sprache ersehen kann die „Unitas“ aber unmöglich. Sie kann doch nur über und für holländische Verhältnisse sprechen. Daraus notwendig ist, ein deutsches Organ in holländischer Sprache zu schaffen, wenn wir die holländischen Kollegen aufklären, für uns erziehen und dadurch zu tüchtigen Mitgliedern machen wollen. Und wenn heute schon über 1000 Holländer unserem Verbands angehören, so zeigt das, daß die Agitation auch weiterhin Erfolg haben wird. Wenn der holländische Arbeiter nicht, das wir seinen berechtigten Wünschen entgegenkommen, dann wird er Vertrauen zu unserem Verbands haben und ein tüchtiges, opferwilliges Mitglied werden.

### Wie's gemacht wird.

Aus Westfalen wird uns geschrieben: Bekanntlich stehen die Löhne in der Textilindustrie im allgemeinen sehr niedrig. Wenn nun gewisse Firmen noch unter dem Durchschnitt zahlen wollen, dann wird es ihnen schwer, wenn nicht fast unmöglich gemacht, genügend willige Arbeitskräfte in ihrem Betriebe zu behalten. Sie suchen denn auch alle Mittel, die einigermaßen Erfolg versprechen, anzuwenden, wenn es gilt, Arbeiter und Arbeiterinnen an die Fabrik zu fesseln. Wenn der Textilarbeiter, der eine Anzahl Kinder zu ernähren hat, endlich so weit ist, daß eines seiner Kinder beim Brotverwerb helfen kann, dann freut er sich. Er nimmt den Sohn, die Tochter mit zur Fabrik und berechnet schon im voraus, wie durch den Verdienst des Kindes seine Hände in etwa erleichtert wird. Hier legt man mitunter der unwilligen und billigen Arbeitskräfte besorgte Fabrikant ein. Der neue Arbeiter wird nur eingestrichelt, wenn er sich zu einer drei- bis vierjährigen „Lehrzeit“ verpflichtet. Der Vater, froh sein Kind mit zur Fabrik nehmen zu können, unterschreibt den Lehrvertrag, und der junge Textilarbeiter ist auf drei bis vier Jahre dem Fabrikanten auf Gnade und Ungnade übergeben. Dabei ist es jedem Kenner der Verhältnisse klar, daß, abgesehen von den ersten 2-4 Wochen, von einer Lehre in der Textilindustrie nicht die Rede sein kann. Zur Warnung für Eltern, welche ihre Kinder in der Textilindustrie arbeiten lassen und zur Kenntnisnahme für Fremde unserer Sache wollen wir nachstehend den Wortlaut eines solchen Lehrvertrages veröffentlichen:

**Vertrag.** Zwischen der Firma A. B. u. D. und dem Weber A. B. u. D. ist heute folgender Vertrag abgeschlossen worden. Herr A. B. gibt seinen Sohn A. für die Dauer von vier Jahren als Lehrling in die Fabrik der genannten Firma. Der Lehrling kommt unter die Aufsicht eines ausgerechneten Webers, welcher ebenfalls beauftragt ist, den Befehl erlaßt zur Arbeit anzuhalten. Während der ersten sechs Wochen wird dem Lehrling ein Lohn von 30 Bgr. pro Tag gezahlt. Von der nächsten Woche ab arbeitet der Lehrling mit seinem Lehrling gemeinschaftlich in Arbeit und erhält von dem insgesamt verdienten Lohn den vierten Teil. Unter diesen Bedingungen hat der Lehrling solange zu arbeiten, bis er selbständig stehen kann. A. B. ist nicht berechtigt, den Lehrling vor Ablauf von vier Jahren aus der Lehre zu nehmen, wohnfern die genannte Firma zu der beiderseitigen beiderseitigen Einigung zu der

rechtigt ist, wenn sich die Aufnahmefähigkeit des Schrif...

Somit der Vertrag. Also der Vater ist nicht berechtigt...

Hat der Arbeiter, der nicht geringen Schikaner...

An die Eltern und Vormünder richten wir die Mahnung...

Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten.

Aus Wachen.

Im Jahre 1903 wurde seitens unseres Verbandes mit dem vereinigt...

Dieser Tarif sah eine Steigerung der Löhne in den Betrieben...

Seit dem Jahre 1903 haben sich nun die Verhältnisse ganz gewaltig geändert...

Eine Revidierung des Minimaltarifs ist unbedingt notwendig...

schafft doch endlich einmal zur Vernunft kommen und in diesen...

Eine neue Gefahr für Arbeitgeber sowohl wie für die Arbeiter...

M.-Gladbach.

Die Hoffnung, der wir in der letzten Nummer Ausdruck...

Am 11. März hat eine Kommission dieses Vereins die Sache...

Die im Lokale von Jos. von der Purg zu Waldbauern...

Den den Arbeitgebern wird vielmehr erwartet, daß sie begünstigt...

Bezüglich des weiteren Verhaltens wurde folgendem Beschlusse...

Als Antwort auf die Stellungnahme erließen die Arbeitgeber...

In der Generalversammlung des Vereins der Textilindustriellen...

Herr J. Josten wurde beauftragt, mit denjenigen feiner Arbeiter...

Aus diesem Anlasse fand am 15. März eine öffentliche Versammlung...

Eine endgültige Stellungnahme zu der Bekanntmachung...

Es ist nun der Beschluß der Unternehmer zur Tatfache geworden...

Die Unternehmer haben mit ihrem Beschlusse allem Anscheine...

Aus dem Verbandsgebiete.

August Dohmesen.

Sie haben einen guten Mann begraben, doch uns war er gut.

Am Freitag, den 15. März, starb im 63. Lebensjahre unser Verbandskollege August Dohmesen...

Seit in der Hand das Panier des christlichen Verbandes...

Ehre sei seinem Andenken!

Agitationsbezirk Nieder-Lausitz.

In der letzten Sitzung der Bezirks-Agitationskommission...

Dieses fand denn auch in der Zeit vom 24. bis 28. Februar...

Am Abend fand in Sorau eine gut besuchte Versammlung...

Am Montag, den 25. war Sommerfeld an der Reihe...

In Forst fand am 26. eine Versammlung statt. War dieselbe...

Den Schluß bildete Coritz. Trotzdem die Kollegen keine...

Kolleginnen sich stellen müssen, und das werden sie auch tun.

Soll nun das Jahr 1907 für unsern Bezirk ein Jahr des Fortschritts sein...

Mugsburg. Unsere Ortsgruppe hielt am 10. ds. Mts. ihre Versammlung...

Barmer. Die Agitation geht in unserer Ortsgruppe...

NB. Die nächste Versammlung findet in Oberbarmer bei Jernberg...

Denzlingen. Die ordentliche Generalversammlung am 3. März...

Dingelstädt (Gießfeld). Am 17. Febr. ist hier eine Ortsgruppe...

Jummersdorf. Eine recht interessante Mitglieder-versammlung...

**Gewerkschaften setzen Schritte vorwärts marschieren.** Das letzte Jahr brachte uns eine Mitgliederzunahme von 66-70000, eine Jahreserlöse von drei Millionen und am Jahresabschluss einen Kassenbestand von mehr als zwei Millionen Mark für die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände. Auch in Bayern bricht sich der Gewerkschaftsgeist immer mehr Bahn. So zählten die christlich organisierten in Bayern am 1. Juli 1906 die schöne Zahl von 37444. Es müssen nun auch die einzelnen Mitglieder mit Mut und Eifer mitarbeiten an dem weiteren Ausbau unserer Organisation. Ein großes Arbeitsfeld steht uns noch offen. Dieses für die christliche Idee zu bearbeiten muß unsere vornehmste Aufgabe sein.

Alle Anwesenden stimmten freudig diesem Appell zu und versprochen in diesem Sinne ihre Kraft in den Dienst der Organisation stellen zu wollen, damit auch hier in Zukunft der Individualismus vollständig beseitigt werde.

**Zusammenfassen. Ein ernstes Wort an alle, die es angeht.**

Ich will, dies Wort ist mächtig, Sprich's einer ernst und still. Die Sterne reißt's vom Himmel, Dies eine Wort: Ich will!

Ich will mich organisieren, das war der Gedanke, den auch die Arbeiterchaft der hiesigen Mech. Windfabrik vor ungefähr 1 1/2 Jahren ausgesprochen hat. Große Begeisterung herrschte damals — und heute? — Niedergeschlagen, traurig geht die Arbeiterchaft einher — mit schneuem Blick sucht einer dem andern auszuweichen — die Furcht hat alle übermannt! — Die Furcht? — vor wem denn? — Und leise hört man's sagen — die Fabrikleitung ist bagegen. So? Aber warum? Weil gewisse Leute den Herrn Kommerzienrat gruselig gemacht haben vor der Gewerkschaft. — Ja, aber welches sind diese gewissen Leute! — Ist — still, dort kommt einer —! Die Meister sind's. — Aber höre mal, die Meister, die dürften doch ganz schön ruhig sein, denn die haben — zum Teil so viel an dem Korbholz. . . . Ja das ist es gerade, auch sie haben schrecklich Angst, wenn die Arbeiterchaft einmal einig wäre, dann würden ihre „Streiche“ an die Öffentlichkeit kommen.

In einer solch traurigen Lage befindet sich unsere Arbeiterchaft, von Leuten, die selbst kein reines Hemd anhaben, läßt sich unser Herr Kommerzienrat beschaffen gegen die organisierten Arbeiter. Als die Wohnhäuser erbaut worden sind, da knipfte man keine besonderen Bedingungen an das Bezahlen derselben. Wenn aber heute ein Arbeiter um eine Wohnung bittet, so lautet die erste Frage: Sind sie auch bei der christlichen Gewerkschaft? Bei einer verneinenden Antwort wird sogar noch verlangt, der Mann solle eine Vereinbarung von der Ortsgruppenleitung bringen, daß er wirklich ausgetreten ist. — Freies Koalitionsrecht, wo bleibt denn hier deine Gütigkeit? Den Arbeitervereinen im Reichstag ruhen wir zu: Recht bald muß ein Gesetz geschaffen werden, mit dessen Hilfe derartige Schikanen gerichtlich verfolgt werden können.

Für heute mag diese Erklärung genügen, wir werden aber denkwürdig werden — wenn es sein muß. Wir wollen durchaus keine Ungerechtigkeit, und wir sind auch bereit, unsere Arbeit zur Zufriedenheit der Fabrikleitung auszuführen, aber wir sind nicht gewillt unsere Freiheit untergeben zu lassen.

An die gesamte Arbeiterchaft richten wir deshalb den Appell: Schließt euch alle insgeheim der Organisation an, dann wird ein solcher Druck von selbst aufhören müssen, und wer frei ist von Unbedürfnissen, der braucht überhaupt nichts zu fürchten. Also, liebe Arbeitskollegen und Kollegeninnen, sprecht einmal das große Wort: Ich will, und laßt den Willen zur Tat werden, dann werden wir brüderlich, handlungsfähig ein geschlossenes Ganzes bilden und einer für alle und alle für einen einstehen in jeder Not und Gefahr.

**Über den Ort.** Hoch oben im schönen bayerischen Alpenland, umgeben von mächtig hohen Bergen, der Markischen Ebenen. Die Bewohner desselben teilen sich vor allem in drei Hauptgruppen, wovon der eine Teil auf Viehzucht (das sog. Alpenvieh) sich verlegt; der zweite Teil erwarbt in Villen und Hotels die Touristen und Sommerfrüher, die besonders in den Sommermonaten, aus allen Ecken Deutschlands zahlreich sich einfinden. Den größten Teil aber bilden ungefähr 250 Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der Mech. Baumwollweberei beschäftigt sind. Diese besprochene Kategorie ist nun gezwungen, inmitten all des Luxus, der sie umgibt, zum größten Teil ein armseliges Dasein zu führen. In gesundheitlicher Beziehung ist es geradezu ein Schicksal, daß diese Arbeiterchaft zwar an einem der schönsten und fruchtbarsten Täler, jedoch gegen über täglich noch ein Stübchen arbeiten muß. Aber nicht allein lange Arbeitszeiten, sondern auch sehr niedrige Löhne, — die vielleicht am wenigsten wären, wenn der Oberbaurat kein Autor wäre. 26 bis 30 Mk. in 14 Tagen, an drei und vier Stücken, bei einer 11-stündigen Arbeitszeit, für einen Kammerwarter, ist das nicht jämmerlich? Hier sehen wir also wieder einen Fortschritt, auf dem man kaum trauen im Reich hinarbeitet und sagt: daß es hier noch zufriedene Menschen und billige Arbeitskräfte gibt. Hier könnte und müßte doch von Seiten der Arbeiterchaft Hand angelegt werden und das wird geschehen, wenn sie einig sind der Organisation anzuschließen. Das gilt aber vor allem für die Gemeinlichen d. h. jene, welche mehr als Zwanzigtausend oder wenigstens mehr als vier an die Arbeit gehen. Denn sie von ihrem Eigentum nicht vollständig leben können, so sollten sie doch nicht als Lohnarbeiter denjenigen im Wege stehen, welche direkt an die Fabrikarbeit angewiesen sind. Ein christliches Gebot lautet: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ und dieses müßten wir allen denen gegenüber, die heute der Organisation noch fern stehen, so sollen sich angeschlossen unserer Organisation, damit wir gemeinschaftlich es dahin bringen, daß erstens die Arbeitszeit verkürzt wird, im Interesse unserer Gesundheit, zweitens die Löhne angehoben werden, damit dieselben den hiesigen sonstigen Verhältnissen besser angepaßt werden und drittens um die Arbeitsplätze zu befestigen und hinauszuhalten durch die wir ebenfalls geschädigt werden. Also nicht gegenständig, sondern gemeinschaftlich arbeiten, das muß unsere Parole sein.

**Parole.** Unsere Mitglieder hiermit zur Kenntnis, daß die am Sonntag, den 3. März, im Lokale G. Rohrer abgehaltene Generalversammlung einstimmig beschlossen hat, pro Quartal einen Beitrag

von 10 Pf. für das Bezirksstell zu erheben. Ferner machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, das Krankengeld ausbezahlt wird und zwar aus dem Verbandszimmer, Seefelderstraße 5. Hierzu ist das Mitgliedsbuch sowie der Krankengeldbescheid mitzubringen. Letztere werden Donnerstags von den beiden Ärzten ausgeschrieben.

**Würfeln.** Zwei große Parallelversammlungen fanden hier am 3. März statt, veranstaltet vom kath. Arbeiterverein und vom christl. Gewerkschaftskartell. An der Hand des kathol. Arbeitervereins referierte Redakteur Joss aus Glöbtsbach in einflussreicher Vortrage. Derselbe wies in seinem Vortrage darauf hin, daß wir trotz aller Schwärzerei eine starke, hoffnungsvolle christlich-nationale Arbeiterbewegung haben, was auch den großen Verdruss der Gegner hervorbrufe. Mit aufmunternden Worten, in der Agitation dieser beiden Organisationen nicht zu erlahmen, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Als zweiter Redner sprach der inzwischen von der Parallelversammlung eingetroffene Kollege und Abgeordnete Giesberts. In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nehme die Gewerkschaft den ersten Platz ein, und die christlichen Arbeiter könnten für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie in einer Zeit des religiösen Niederganges das christliche Banner wieder hoch gehoben haben. Wie es mit der Arbeiterzersetzung ausfalle in der christlichen Arbeiterbewegung, darüber gaben die Worte eines Professors Schombart genügenden Aufschluß. Den Vorwurf der Zersetzung treffen vielmehr diejenigen, die uns diesen Vorwurf machen, welche da sind die Sozialdemokratie und die mit ihr im gleichen Schritt marschierenden „freien“ Gewerkschaften. Redner behauptete die Tatsache, daß im hiesigen Revier die Mitgliederzahl der Arbeitervereine in so großem Widerspruch stände, mit derjenigen der christlichen Gewerkschaften, und daß es doch einmal an der Zeit wäre, die Zahlen auf einer gleichen Basis bringen, zumal im hiesigen Bezirk, wo doch der weitaus größte Teil der Bevölkerung aus christlichen Arbeitern besteht.

Daß die Worte der beiden Redner verstanden worden sind geht daraus hervor, daß wir nach Schluß der Versammlung 130 neue Mitglieder dem Arbeiterverein und auch mehrere den christlichen Gewerkschaften zuführen konnten. Mit einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

NB. Kollegen von Würfel, wachtet also endlich auf, und zeigt, daß ihr echte, von Idealen durchdrungene Gewerkschaftler seid, und daß ihr gewillt seid, an der Hebung der Lage des vierten Standes mitzuarbeiten. Besucht mehr als bisher die Versammlungen.

**Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.**  
**Sozialpolitische Rückständigkeit einer Pfälzischen Gemeinde.**

In Lambrecht besteht ein Gewerbegericht, für das jetzt die Proporzwahl zur Einführung kommt. Durch Arbeitersekretär Bernzot wurde, gemäß eines Beschlusses des Ausschusses unserer Lambrechter Zahlstelle, eine Eingabe an den Gemeinderat Weidenthal gerichtet, diesen Ort an das Lambrechter Gewerbegericht, beginn an den Gewerbegerichtsbezirk Lambrecht anzuschließen. Drei Gemeinden, welche nicht mit Rücksicht auf die dortigen Gemeindeväter sehen wie sie zu ihrem Rechte kommen. Traurig, aber wahr! Voriges Jahr zeigte die Mehrheit des Gemeinderats Weidenthal, daß sie nichts weniger als arbeiterfreundlich ist. Von Seiten der Arbeitervereine und Gewerkschaften war eine Aktion zur zeitgemäßen Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes betrieben worden, nicht bloß hier, sondern auch andernorts. Was tat der Gemeinderat von Weidenthal? Er stellte sich gegen die Erhöhung. Die Arbeiter ließen sich das nicht ruhig gefallen. Die christl. Gewerkschaften betrieben eine Versammlung in den Gemeinlichen ein. Ueberaus zahlreich erschienen die Arbeiter und bekundeten ihr Einverständnis mit den Ausföhrungen des Referenten Bernzot, der das Gebahren der Gemeindeväter einer gepfefferten Kritik unterzog. In einer Resolution wurde beim Hl. Bezirkamt gegen die Stellungnahme des Gemeinderats protestiert und das Bezirksamt ersucht, erhöhe denn auch zum großen Ärger so mancher Weidenthaler Ohnmachtspolitiker den „ortsüblichen“ Lohn der Gewerkschaften. Demals waren die Arbeiter einig. Aber die Einigkeit der Weidenthaler Arbeiter hält nicht lange an. — Was haben die Gemeindeväter auch sonst zu tun? Sie den Arbeitern nicht zulassen, die Ohnmacht — wir jetzt wieder — verlegen Arbeiter, ihr bildet das wech wechselnde Gros der Weidenthaler Bevölkerung. Bedenk, was ihr für eine Sache seid, wenn ihr euch zusammenschließt. Ohne starke Organisation wird man euch nicht rechtfertigen. Schließt die Reihen, organisiert euch in den christl. Gewerkschaften, die sich auch jetzt wieder eurer angenommen haben. Laßt Weidenthaler Arbeiter, endlich den wichtigen Faden knüpfen. Haltet euch die konsequente Forderung des Lohnes. Durch denartige Sachen seid ihr Arbeiter immer die Gegenpartei, die Angeklagten. Erleid, ob Katholik oder Protestant, den christl. Gewerkschaften bei, in denen ihr eure rein wirtschaftliche — und zwar energiegelbe — Interessen vertrittet.

In einer weiteren Hinsicht auf den Wahl heißt es dann noch: In Lambrecht wurde das Proporzwahlgesetz zum Gewerbegericht eingeföhrt. Die christlichen Arbeiter waren die Veranlasser. Vor einigen Tagen fand nun eine Sitzung unserer Ausschüsse statt, bei der auch Arbeitersekretär Bernzot, demselben beizustimmen. Dieser sollte den Antrag, an den Gemeinderat in Weidenthal eine Petition zu richten, daß dieser genannte Ort an den Gewerbegerichtsbezirk Lambrecht anschließen. Gerade von Weidenthal hat nicht bloß zahlreiche Arbeiter in demselben beschäftigt, sondern dort sind auch zahlreiche Arbeiter am Ort beschäftigt, die oft rechtlos sind, über den traurigen Zustand zu anderen Gerichten

beschreiten müssen. Nachdem die Orte Frankeneck, Weidenthal, Lindenberg sich an das Lambrechter Gewerbegericht angeschlossen und eine Beistütze zu den Kosten leisten, darf auch das reiche Weidenthal, das keine Umlagen erhebt, nicht zurückbleiben und wegen ein paar Mark den Arbeitern von Weidenthal eine billige Rechtspredung versagen. Hoffen wir, daß der Gemeinderat von W. dieksmal sozialpolitisch klüger ist als sonst, und er sich gegen die höchst zeitgemäße Erhöhung des „ortsüblichen“ stemmt. Von Arbeitersekretär Bernzot wurde zwei Tage nach der Sitzung bereits die Petition an den W. Gemeinderat abgehandelt. Mögen sich jetzt auch die Arbeiter dort röhren. Zur Wahl selbst ist zu berichten, daß die christlichen Arbeiter unter der Flagge „Christliche Gewerkschaften“ selbständig in den Wahlkampf eintraten.

**Im engsten Anschluß an die Kirche**  
wollten bekanntlich die „Berliner Facharbeiter“ ihre Organisation aufbauen. Umgekehrt ist aber auch geschehen, wenn es den Herren in den Kramp paßt. Hierzu schreibt man der „Westf. Arbeiter-Zeitung“: Die Anhänger der Facharbeiter, nach Berliner Muster, halten ihre Organisation für die einzig richtige, weil u. a. auch in dieser die Gerechtigkeit an der Spitze steht, und in ängstlicher Sorgfalt über die Arbeiter zu wachen vernagt. Sie tun aber auch anders. Je nachdem es den Herren in den Kramp paßt, suchen sie selbst gegen den Willen der Ortsgeistlichen die Pfaffenkinder mit der „Berliner“ Organisation zu verdrängen. So haben sie am Sonntag, den 24. Februar, eine Versammlung in Spittel zur Einführung ihres Arbeitervereines abgehalten, und dies gegen den Willen des Herrn Pfarrers. Das gleiche verfuhrte man in Oberhomburg. Ein eigentümliches Verhältnis haben die Herren in Etteringen-Wendel geschlossen. Dort besteht ein katholischer Arbeiterverein, mit dem Herrn Pfarrer als Präses an der Spitze. Daneben haben die „Berliner“ noch einen zweiten kath. Arbeiterverein im gleichen Orte eingeföhrt. Also, wenn's gerade paßt, hat man den Herrn Pfarrer selbst im kath. Arbeiterverein nicht notwendig, was bekanntlich der Standpunkt der „Christlichen“ nicht ist. Die christlichen Gewerkschaften wünschen, daß ihre Mitglieder den konfessionellen Arbeitervereinen beitreten und daß diese Arbeitervereine unter der Leitung der Geistlichen stehen. Ueber das Gebahren der „Berliner“ herrscht in maßgebenden Kreisen der Diözese eine große Erbitterung. Man möchte einen Bruderzwist aus Lotzbringen ferngehalten wissen.

**Eine große Protestversammlung gegen die „gelben Gewerkschaften“**

Am kürzlich in Augsburg statt, die von der ganzen christlichen Arbeiterchaft sich eines regen Besuches zu erfreuen hatte. Die Kollegen Verbandssekretär Eber und Redakteur Wolf aus München sowie Kartellbeamter Lang, nun Arbeitersekretär für Tirol in Innsbruck, legten an der Hand unabweislichen Beweismaterials das verderbliche, die Arbeiterchaft schädigende Beginnen der gelben Gewerkschaften dar, die nur zum Schutze des Unternehmertums und Unterdrückung der Denkfähigkeit der Arbeiter gegründet sind. Laut „Neue Augsburger Zeitung“, die in dankenswerter Weise einen sehr ausführlichen, fast wörtlichen Bericht über die Versammlung brachte, wurde am Schluß mit allen gegen vier („gelben“) Stimmen die folgende Resolution angenommen:

„Die heute im katholischen Kasino zu Augsburg tagende, von über 1000 Personen besuchte Versammlung der christlich-nationalen Arbeiterchaft nimmt mit Entrüstung von dem Treiben der industriellen Augsburgs Kenntnis und verurteilt dasselbe auf das schärfste. Die Versammlung ist sich bewußt, daß die von den Industriellen gegründeten Werdereine nur den Zweck haben, der industriellen Arbeiterchaft in den Rücken zu fallen. Sie weiß, daß durch die Werdereine die Rechte des arbeitenden Volkes verunruhigt werden sollen und die Wohlthatigkeit der Werke nur zur Täuschung der Arbeiterchaft dienen. Die Versammlung bedauert die Verblendung jener Arbeiter, welche den Lockungen der Werdereine gefolgt sind, gibt aber die Hoffnung nicht auf, daß auch ihnen die bessere Erkenntnis halbwegs tagen wird und sie den gelben Gewerkschaften den Rücken kehren. Die Versammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und vertritt im Sinne derselben stetig wirken zu wollen. Sie fordert alle Mitglieder auf, an der Aufklärung der Arbeiterbewegung immer fortwirken zu wollen, um die arbeiterchaftschädigende Tätigkeit der Werdereine inschädlich zu machen. Dergleichen vertritt alle Versammlungsteilnehmer, in den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften mitarbeiten zu wollen.“

Wir haben in der Frage der gelben Gewerkschaften bereits unsere Meinung dahin ausgesprochen, daß wir von jedem christlichen Mitgliede unserer Arbeitervereine eine entschiedene und offene Agitation für die christlichen Gewerkschaften und Unterlassung aller Werbereine für die gelben Gewerkschaften verlangen müssen, schreibt dazu das Organ der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands, dem wir diesen Bericht entnehmen, und daß Arbeitervereinsmitglieder, welche sich demnach in der gegenteiligen Weise verhalten, von allen Vertrauensstellen in den Vereinen auszuschließen sind. Diese Auffassung ist auch heute noch die gleiche: sie gründet sich auf einen Programm, welches jedes selbständigen Verbandes, der auf dem Delegiertenkongress zu Ingolstadt im Jahre 1903 zum Ausdruck der christlichen, interkonfessionellen Gewerkschaften festgelegt und für uns und jeden denkenden Arbeiter bindende Kraft nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis für alle Zukunft hat. „Der heiligen Arbeiterchaft“, so sprach Abgeordneter Giesberts am 11. März im Reichstage, „kann gar kein schäntlicherer Dienst geleistet werden, als wenn man dazu übergeht, nach berechtigtem französischen Muster sogenannte gelbe Gewerkschaften zu gründen, d. h. Organisationen, in denen nicht die Arbeiter selbständig und frei entscheiden, sondern in denen sie vollständig unter Botmäßigkeit der Arbeitgeber stehen. Mit solchen Mitteln hält man den Sozialkampfskampf der Arbeiter nicht auf, sondern man verdrängt damit höchstens die bestehenden Gewerkschaften.“

Das ist die liberale Grönder und Bohlhüter vor dem Herrn, die hier an der Arbeiterchaft Gesundheitswünsche verzeihen möchten, in ihrem eigenen Interesse gütlich hinter die Ohren schreiben wollen.

**Bekanntmachung.**

Der heutigen Auflage des Verbandsorgans liegt ein Flugblatt bei. Die Kollegen werden ersucht, nachdem sie dasselbe gelesen, es an unorganisierte Kollegen weiterzugeben.

**Briefkasten.**

P. A. Wo kein Kläger ist, da ist bekanntlich auch kein Richter. Wenn die betreffende Firma „Aushilfsweber“ beschäftigen konnte, ohne dieselben gegen Krankheit und Invalidität zu versichern, so war ihr das wohl nur möglich, weil sie bei den Arbeitern auf keinerlei Widerstand gestoßen ist. Wenden Sie sich an die untere Verwaltungsbehörde. Gruß!

**Versammlungskalender.**

- München. 24. März, 4 Uhr, bei Hollecamp, Wälden, öffentliche Versammlung.
- Barmen. 23. März, 8 1/2 Uhr, bei E. Frenberg, Bredderstraße 97, Generalversammlung, Wahl des ersten Vorstands. 1. April, 11 1/2 Uhr, bei Hof. Lemming (Notenbürg).
- Borghorst. 24. März, öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung.
- Gosfeld. 30. März, 5 1/2 Uhr, Abrechnung der Wertereine.
- Cottbus. 6. April, 8 Uhr, bei A. Döring, K. Saal.
- Emmenden. 24. März, 5 Uhr, bei Witwe Baumann.
- Glöbtsbach. 6. April, 9 Uhr, im Weidnerhaus.
- M.-Glöbtsbach-Hardersbroich-Bezirk. 24. März, 6 Uhr, bei Hub. Pagan, Wäldenstraße.
- Greiz. 2. April (3. Osterfeiertag), 4 Uhr, in Supfers-Saal.
- Bronau. 26. März, 7 1/2 Uhr, bei Borlinghaus.
- Jüchen. 1. April, 11 Uhr, bei Adam Bremer, Vertrauensmänner-Versammlung.
- Leuz. 8. April, 11 Uhr, bei Peter Matth. Junke, Generalversammlung, Wahl des neuen Vorstandes.
- Neustadt. 24. März, 3 1/2 Uhr, bei Küstler, Wobnngstr. Der Umtausch der Bücher aus der Bibliothek findet an jedem ersten Sonntag im Monat vormittags von 11-12 Uhr statt.
- Donaubühl. 1. April (Dienstag), 11 Uhr, bei Stöck.
- Viersen-Gelsenkirchen. 24. März, 6 Uhr, bei Stöck. Fremden, früher Moritz, öffentliche Versammlung.
- Wettingen. 24. März, 1/2 Uhr, bei Heinrich Schneidermann, öffentliche Versammlung.
- Wetz. (Baden.) 24. März, 1 Uhr, im Lokale zur Krone.
- Wülfrich. 24. März, 5 Uhr, bei Heinz. Schmidt, öffentl. Versammlung.

**Viersen.** Gewerkschafts-Konsumverein „Eintracht“, Ostermontag, den 1. April, abends 7 Uhr, bei Witwe Stieren, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Vorstandes-Erhaltungs, Lokalangelegenheiten. (120 Mk.)

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.

**Bilanz**

des Gewerkschafts-Konsumvereins „Eintracht“, e. G. m. b. H. zu Grefrath.

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1906.

| Aktiva.                      | Passiva.                     |
|------------------------------|------------------------------|
| Vn Kassenbestand . . . 65,88 | Per Geschäftsanteile 671,52  |
| „ Warenbestand . . . 1189,33 | „ Reservefonds . . . 143,05  |
| „ Inventar . . . 219,38      | „ Warenaufgaben . . . 270,70 |
| „ Sparguthaben . . . 5,—     | „ Zinsen . . . 23,72         |
| „ Kassenstände . . . 383,30  | „ Dispositionsf. . . 273,04  |
|                              | „ Verlußtonto . . . 397,26   |
|                              | „ Gewinn . . . 83,61         |
| Mt. 1862,89                  | Mt. 1862,89                  |

Mitgliederzahl am 1. Januar 1906 . . . . . 26  
Ausgetreten im Jahre 1906 . . . . . 6  
Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1907 . . . . . 20  
Zahl der Geschäftsanteile . . . . . 20  
Die Gesamtsumme beträgt 600 Mk.

Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:  
H. Köhnen, Leonh. Struden,  
F. B. Wöhlner, Vorsitzender. (520 Mt.)

**Sterbe-Tafel.**

Es starben die Verbandsmitglieder:  
Johann Emmerich in Bocholt.  
August Dohmesen in Viersen.  
Franz Heil in Fulda.  
Ehre ihrem Andenken!

Für die Streikenden in Laß sind an Sammelgeldern bei dem Unterzeichneten eingegangen:

|                                  |                       |          |
|----------------------------------|-----------------------|----------|
| von der Ortsgruppe               | Balingen . . . . .    | 73,70 Mt |
| „                                | „ „ „ „               | 20,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 4,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 14,85    |
| „                                | „ „ „ „               | 2,30     |
| „                                | „ „ „ „               | 4,50     |
| „                                | „ „ „ „               | 2,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 20,45    |
| „                                | „ „ „ „               | 20,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 74,90    |
| „                                | „ „ „ „               | 24,30    |
| „                                | „ „ „ „               | 3,40     |
| von kath. Arbeiterverein         | Waldshut . . . . .    | 6,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 5,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 5,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 9,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 35,70    |
| „                                | „ „ „ „               | 21,75    |
| „                                | „ „ „ „               | 30,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 10,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 32,80    |
| „                                | „ „ „ „               | 7,50     |
| „                                | „ „ „ „               | 9,20     |
| „                                | „ „ „ „               | 6,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 12,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 15,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 10,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 9,35     |
| „                                | „ „ „ „               | 5,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 5,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 10,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 5,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 20,50    |
| „                                | „ „ „ „               | 12,—     |
| „                                | „ „ „ „               | 5,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 37,—     |
| von den christl. Metallarbeitern | in Waldshut . . . . . | 4,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 2,35     |
| „                                | „ „ „ „               | 35,73    |
| „                                | „ „ „ „               | 1,—      |
| „                                | „ „ „ „               | 1,—      |
|                                  | Summa 632,38          |          |

Hermann Kummerer, Bezirksvorsitzender.